

Statistik der Gesetzgebung – Überblick 18. Wahlperiode

Stand der Datenbank: 07.04.2014

1. Gesamtzahl der beim Bundesrat bzw. Bundestag eingebrachten Gesetzesvorhaben	61
Regierungsvorlagen	16
davon bereits vor Beginn der laufenden Wahlperiode dem Bundesrat zugeleitet	4
Gesetzesanträge von Ländern	24
davon bereits vor Beginn der laufenden Wahlperiode dem Bundesrat zugeleitet	4
Initiativen des Bundestages	21
2. Beim Bundestag eingebracht	41
Regierungsvorlagen	11
Initiativen des Bundesrates	9
Initiativen des Bundestages	21
CDU/CSU, SPD	7
DIE LINKE, Bündnis 90/Grüne	1
DIE LINKE	8
Bündnis 90/Grüne	5
3. Im Bundestag in 1. Beratung behandelt	32
4. Vom Bundestag verabschiedet	13
Regierungsvorlagen	4
Initiativen des Bundesrates	3
Initiativen des Bundestages	6
CDU/CSU, SPD	6
DIE LINKE, Bündnis 90/Grüne	0
DIE LINKE	1
Bündnis 90/Grüne	1
Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen der Bundestagsausschüsse	0
Vereinigungen von Gesetzentwürfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative *	0

5. Im Bundesrat behandelte Gesetzesbeschlüsse	11
(2. Durchgang und Vermittlungsverfahren)	
Zustimmungsversagungen	0
Gesetze, zu denen der Bundesrat Einspruch einlegte	0
Einspruch vom Bundestag zurückgewiesen	0
6. Vermittlungsverfahren	
Gesetzesbeschlüsse des Bundestages, zu denen der Vermittlungsausschuss angerufen wurde	0
Gesamtzahl der Anrufungen des Vermittlungsausschusses	0
Anrufungen durch den Bundesrat	0
Anrufungen durch die Bundesregierung	0
Anrufungen durch den Bundestag	0
7. Verkündungen	8
als zustimmungsbedürftig verkündet	4
als nicht zustimmungsbedürftig verkündet	4
Regierungsvorlagen	1
Initiativen des Bundesrates	3
Initiativen des Bundestages	4
CDU/CSU, SPD	4
DIE LINKE, Bündnis 90/Grüne	0
DIE LINKE	0
Bündnis 90/Grüne	0
Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen (Bundestag oder Vermittlungsausschuss)	0
Vereinigungen von Gesetzentwürfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative *	0

* Anzahl derjenigen zusammengeführten Paralleleinbringungen von Gesetzentwürfen der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen, bei denen unklar ist, wessen Entwurf weitergeführt worden ist.